

Startseite  
Wirtschaft  
Interview

## **Die Schweiz im Steuerstreit mit den USA: «Uns fehlt die Verteidigungsstrategie»**

Rechtsprofessor Peter V. Kunz erklärt, welche Ziele Präsident Biden bei den Steuern verfolgt – und warum ihm die Schweiz in die Quere kommt, obwohl sie sich an die Regeln hält.

Moritz Kaufmann 01.05.2021, 21.45 Uhr



**Wirtschaftsjurist Peter V. Kunz ist erstaunt über die unbekümmerte Haltung der Schweizer Politik im Steuerstreit mit den USA.**

Manu Friederich

**NZZ am Sonntag: US-Präsident Joe Biden nannte in seiner Rede vom Mittwoch (28. April 2021) die Schweiz in einer Reihe mit Steuerparadiesen wie den Cayman Islands und Bermuda. Gibt es Parallelen zwischen diesen dreien?**

**Peter V. Kunz:** Es gibt kaum noch welche, das war eine politische Spitze. Wir sind zwar nach wie vor ein Land mit tendenziell tiefen Steuern. Aber die Schweiz hat in den letzten 15 Jahren wegen internationalen Drucks regulatorisch einiges nachgeholt. Etwa bei der Geldwäscherei, aber auch bei Transparenzvorschriften. Da befinden wir uns im internationalen Durchschnitt und sind mindestens so streng wie die USA, wenn nicht strenger. Im US-Gliedstaat Delaware, für welchen Biden dreissig Jahre lang Senator war, kann ein Aktionär immer noch anonym bleiben. Sich so zu verstecken, geht bei uns nicht mehr.

**Wenn die Amerikaner Druck aufsetzen, antwortet die Schweiz reflexartig mit dem Beispiel Delaware. Der Staat beheimatet tatsächlich mehr Firmen als Einwohner. Aber ist dieses Argument berechtigt?**

Dieses Gegenargument ist absolut berechtigt. In Delaware kann man den Staat hervorragend umgehen, und zwar schon seit langem. Die Amerikaner haben punkto Steuern zwar auf viele Länder Druck aufgesetzt, aber im Inland nie wirklich aufgeräumt.

**Finanzminister Ueli Maurer meinte, Joe Bidens Redenschreiber würden halt die aktuelle Rechtslage nicht kennen, denn die Schweiz erfülle ja alle Anforderungen. Stimmt das?**

Die Aussage in Joe Bidens Rede zur Schweiz war tatsächlich ein Seitenhieb mit einem rückwärtsgerichteten Blick. Sie betraf die Situation von vor 10 oder 15 Jahren und ist heute nicht mehr berechtigt.

**Biden geht es aber eigentlich nicht darum, was heute gilt. Sondern er will strengere Steuergesetze für die Zukunft.**

Richtig. Der amerikanische Präsident möchte international Mindestansätze festlegen, wie hoch die Steuern sind. Das liegt daran, dass die USA die Unternehmenssteuern erhöhen müssen, um ihre gigantischen Investitionspakete zu finanzieren. Um zu verhindern, dass Firmen abwandern, möchte Biden einen weltweiten Steuerplafond. Und auch hier steht die Schweiz im Weg.

**Die OECD – die Organisation der reichen Industrieländer, zu denen auch die Schweiz gehört – drängt ebenfalls auf höhere Unternehmenssteuern. Was ist neu an Bidens Forderungen?**

Was die Unternehmenssteuern angeht, steht die Schweiz schon seit drei, vier Jahren unter dem Druck der OECD. Unter Donald Trump haben die USA diese Pläne nicht wirklich unterstützt. Mit Joe Biden ändert sich das aber. Nun werden sie realistischer.

**Auch Länder wie Irland oder die Niederlande wären von einem solchen Abkommen betroffen. Warum werden sie von Biden nie erwähnt?**

Absolut, ebenso Österreich und Belgien. Joe Biden hat aber wohl ganz bewusst keinen EU-Staat explizit genannt, weil er sich nach Donald Trump wieder um ein besseres Verhältnis zur EU bemüht.

**Die Schweiz könnte sich doch einfach weigern, ein internationales Abkommen zu unterschreiben, das uns dazu verpflichtet, höhere Unternehmenssteuern zu verlangen. Oder etwa nicht?**

Das ist so [lacht]. Wäre ich Bundesrat, wäre das meine Haltung. Aber die politische Realität ist natürlich, dass die Schweiz unter Druck gesetzt werden wird. Darauf wird der Bundesrat argumentieren, dass die Schweiz keine Insel sei und dass Sanktionen drohten. Ich staune immer wieder, warum der Begriff «Steuerwettbewerb» negativ behaftet ist, auch in der Schweiz.

**Weil er vielen Staaten die Mittel entzieht.**

Steuerwettbewerb ist nicht nur legal, sondern auch sinnvoll. Denn dadurch wird ein gewisser Druck auf den Staat ausgeübt, nicht zu viel Geld auszugeben. Nur Hochsteuerländer finden dies schlecht.

**Joe Biden argumentiert, dass Unternehmen dort Steuern bezahlen sollen, wo sie produzieren und arbeiten. Was ist daran falsch?**

Nichts. Man hat es zwar weltweit noch überhaupt nie so gehandhabt, aber man kann durchaus über einen solchen Systemwechsel reden. Bei einer Harmonisierung der Steuern sieht es hingegen anders aus. Denn dies würde den Steuerwettbewerb faktisch ausschalten. Dafür gibt es keinen Grund, und die Schweiz müsste Widerstand leisten.

**Der amerikanische Detailhändler Walmart hat zwar keine einzige Filiale in der Schweiz, aber er hat eine Holding in einer kleinen Seitenstrasse in Schaffhausen. Darüber fließen riesige Summen und die Vermutung liegt nahe, dass dadurch Steuern gespart werden. Was würde die Schweiz denn verlieren, wenn solche Holdings abziehen?**

Die Schweiz hat zahlreiche Holding-Privilegien beseitigt und damit auch viele Steuerprivilegien. Das ist also kein grosses Risiko mehr. Die Gefahr liegt darin, dass der Steuerwettbewerb ausgeschaltet wird. Und auch darin, dass nicht mehr der Firmensitz darüber entscheidet, wo Firmen wie viele Steuern bezahlen, sondern die Wertschöpfung. Auch das will Joe Biden.

**Und diese Gefahr ist gross, weil eine Firma in der Schweiz niemals so viel Umsatz erzielen kann wie in den USA?**

Genau. Kleinstaaten wären nach diesem System konsequent benachteiligt. Und ob das Steuergerechtigkeit ist, wage ich zu bezweifeln.

**Sehen Sie Parallelen zum Bankgeheimnis, das die Schweiz unter dem Druck von US-Präsident Obama aufgegeben hat? Biden war ja Obamas Vizepräsident.**

Ja und nein. Die Schweiz gerät immer wieder in den Fokus, wenn es um die Finanzierung von Staatsausgaben geht. Sei dies nun von den USA, von Deutschland oder der EU. Beim Bankkundengeheimnis war dies tatsächlich unangenehmer, weil dort grosse Fehler passiert sind. Man muss zugeben: Da wurden wir erwischt. In der gegenwärtigen Situation können wir aber ohne schlechtes Gewissen hinstehen und sagen: «Das sehen wir anders.» Denn nochmals: Steuerwettbewerb ist moralisch nicht verwerflich. Etwas hat sich in den letzten zehn Jahren aber grundlegend verändert.

## **Was?**

Die Schweiz hat das Bankgeheimnis über Jahrzehnte verteidigt, obwohl es da eindeutig um Illegales ging. Da gab es eine richtige Wagenburgmentalität – abgesehen vielleicht von ein paar linken Politikern und Schriftstellern. Beim Steuerwettbewerb allerdings, der absolut legitim ist, lässt sich nichts dergleichen erkennen. Uns fehlt die Verteidigungsstrategie komplett. Das macht mir ein bisschen Sorgen.

## **Zur Person**

Peter V. Kunz (56) gehört zu den bekanntesten Wirtschaftsjuristen der Schweiz. Für seine Habilitation, in der er sich mit dem Minderheitenschutz im Schweizer Aktienrecht beschäftigte, nahm er auch den US-Gliedstaat Delaware unter die Lupe. Kunz leitet das Departement für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern.